

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dennis Thering, Birgit Stöver, Prof. Dr. Götz Wiese,  
Stephan Gamm, Silke Seif (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Umsetzung eines Auftritts- und Kooperationsverbots für Aktivisten der  
„Letzten Generation“ an Hamburgs Schulen prüfen**

Die vermeintlichen Klima-Aktivisten der „Letzten Generation“ stören gezielt die öffentliche Ordnung. Neben Straßenblockaden haben sie einen Farbenschlag auf das Hamburger Rathaus sowie die Universität Hamburg verübt.

Mit ihrem Drohbrief an den Ersten Bürgermeister und die Hamburger Politik wurde eine neue Dimension der Radikalisierung erreicht. Mit ihrem Handeln schaden die Aktivisten dem Klimaschutz mehr, als dass sie ihm nützen. Der Klimawandel ist partiübergreifend als eine der größten Herausforderungen unserer Zeit erkannt worden. Es gibt auch weiterhin viel zu tun – hierüber besteht Einigkeit.

Doch das Vorgehen der „Letzten Generation“ ist Ausdruck eines falschen und gefährlichen Demokratieverständnisses, welches keinen Platz haben darf. Vor allem darf es aus Sicht der CDU-Fraktion keinen Platz an Hamburgs Schulen haben. So berichtete erst kürzlich die „WELT AM SONNTAG“ über Pläne der „Letzten Generation“, systematisch Schülerinnen und Schüler an Schulen zu rekrutieren (vergleiche „WELT AM SONNTAG“, „Letzte Generation will an Schulen Aktivisten rekrutieren“ vom 09.04.2023).

Diesen Plänen muss schnellstmöglich Einhalt geboten werden. Aus diesem Grund fordern wir den rot-grünen Senat auf, ein Auftritts- und Kooperationsverbot für Aktivisten der „Letzten Generation“ an Hamburgs Schulen durchzusetzen. Zudem dürfen Schulen und Lehrkräfte sich weder direkt noch indirekt an Aktionen der „Letzten Generation“ beteiligen. Sie müssen Schülerinnen und Schüler ferner auf die Rechtswidrigkeit dieser Aktionen aufmerksam machen und dem aktiv entgegenwirken. Hierbei sollen sie Unterstützung von der Schulinspektion und dem Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) erhalten.

**Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

1. zu prüfen, in welcher Weise ein Auftritts- und Kooperationsverbot für die Klima-Aktivisten der „Letzten Generation“ an Hamburgs Schulen umgesetzt werden kann und dieses schnellstmöglich durchzusetzen;
2. Schulen und Lehrkräfte aktiv auf die Rechtswidrigkeit von Aktionen der „Letzten Generation“ aufmerksam zu machen und diesen entgegenzuwirken;
3. mithilfe der Schulinspektion und dem LI Schulleitungen und Lehrkräfte im Umgang mit Aktivisten und Aktionen der „Letzten Generation“ zu unterstützen und zu sensibilisieren;
4. der Bürgerschaft bis zum 31. Juli 2023 zu berichten.